

di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter:innen Union in der Schweiz



Jahresrückblick der FAU Schweiz

Das Jahr 2021 war ein wichtiges und intensives Jahr für uns. Die Pandemie hat nicht nur Klassenkonflikte befördert, sondern auch die Notwendigkeit einer Organisation gezeigt. Der Jahresrückblick gibt einen kurzen Abriss über unsere Tätigkeit letztes Jahr.



Das Jahr 2021 begann im Teil-Lockdown: Gastronomie, Kultur und Sport waren grösstenteils geschlossen. Doch wie schon im Lockdown 2020 waren wir statt mit Plätzchen backen mit allerlei Arbeit beschäftigt. Dabei handelte es sich vor allem um Unterstützungsprojekte und viele Einzelfälle. Einige der Einzelfälle kamen durch das gemeinsame Projekt Solifon, andere durch persönliche Kontakte oder aber auch sonst rein.

Von der FAU Bern zur FAU Schweiz

Aufgrund des stetigen Wachstums der FAU Bern mussten wir unsere Gewerkschaft neu strukturieren, während stets auch Arbeitskämpfe stattfanden. Im Mai 2021 trafen sich Mitglieder der FAU Bern zu einem Strukturkongress, gründeten offiziell die FAU Schweiz und bestätigten

die Freie Arbeiter:innen Jugend FAJ als Teil davon. Dieser Kongress war dringend nötig, denn unsere Neumitglieder kamen nun nicht mehr nur aus dem Raum Bern, sondern aus der ganzen Schweiz: Im Vergleich zu 2020 haben sich unsere Mitgliederzahlen mehr als verdoppelt. Dies war schon 2019/2020 der Fall. Es ist natürlich Spekulation, warum dem so ist. Ein Grund ist sicher, dass wir trotz oder gerade wegen der Pandemie vieles gemacht haben, auch nicht wenig, was uns Öffentlichkeit eingebracht hat. Unser Vorteil war, dass unsere Arbeit nicht abhängig war von Soliparties, Veranstaltungen oder Demonstrationen. Die in diesen Bereichen verhängten Massnahmen hinderten nur einen kleinen Teil unserer Arbeit. Unsere Sichtbarkeit wurde sicherlich auch durch die intensivere Nutzung von Social Media massiv verbessert.

(weiter auf Seite 2)

Frühjahr 2022

Nr. 70 14. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.fauunion.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Avenir Syndical: Anerkennung Jetzt! 3

Die Basisgewerkschaft Avenir Syndical ist stark vertreten an den Unispitälern in Genf. Trotzdem verweigert sich die Spitalleitung sämtlichen Gesprächen.

Sudan: Aufruf der SPA 4

Der Militärputsch Ende 2021 gefährdet die Zukunft der Bevölkerung massiv. Internationale Solidarität ist gerade jetzt wichtig.

La Grève de SMOOD et Simple Pay 6

Sur la grève, la négociation des CCT et la nécessité de rendre les deux plus démocratiques.

Kasachstankrise 7

Anfangs Jahr geriet Kasachstan in die Schlagzeilen. Massenproteste, Repression und russische Truppen. Die Analyse zeigt Hintergründe und dämpft die Revolutionsromantik.

Linke Organisationen kopieren Social Media nicht 11

Auch wenn viele linke Organisationen immer mehr auf Social Media aufspringen, hapert es doch massiv bei der Umsetzung.

Rubriken

Rechtliches 12

Editorial

Wir befinden uns kurz vor dem traurigen Jubiläum der Pandemie in der Schweiz. Und so wie es aussieht, läuft es auf eine „bedingungslose Kapitulation“ heraus. Zu teuer wäre es gewesen, Risikogruppen und Gesundheitspersonal noch ein bisschen zu schützen, jetzt zählt wieder der Rubel. Finanzminister Maurer sitzt also wieder fest im Sattel bzw. auf dem Geldsäckel, wenn er nicht grad eine Trychel schwingt.

Dies sollte uns auch eine Lehre für kommende Krisen und Pandemien sein: Die Regierung und ihre (Sozial-)partner:innen interessieren sich nur für unsere Unversehrtheit, wenn es der Wirtschaft nicht zu sehr schadet. Daher sollte es klar sein, dass die drohende Klimakatastrophe ohne unsere Eigeninitiative auch nicht von oben abgewendet werden wird. Wir rufen daher auf, sich am Strike for Future am 9. April zu beteiligen. FAU-Mitglieder können dies z.B. in der gegründeten Arbeitsgruppe Gewerkschaft und Klima tun.

Das Abflachen der Pandemie sollte uns auch ermuntern, den Blick über unsere statistischen Landesgrenzen hinaus zu bewegen. Einen Beitrag dazu bzw. zwei wollen wir in dieser Ausgabe leisten: Einerseits im Artikel zu Kasachstan, mit Hintergründen und einer Analyse der Proteste anfangs Jahr. Andererseits mit dem Aufruf der Sudanese Professionals Association SPA zur Lage im Sudan. Medial verdrängt von der Pandemie ereignete sich zwei Jahre nach Absetzung des Diktators Al-Bashir im Oktober ein Militärputsch. Auch hier werden die Regierungen ohne Druck keinen Finger rühren, denn es gibt gute Gründe für die EU, das nicht zu tun: Abkommen, dass die Mördermilizen wie die RSF im Sudan sämtliche Flüchtlinge zurückhalten.

Und natürlich möchten wir uns bei euch entschuldigen, dass wir ein sattes halbes Jahr gebraucht haben für die jetzige Ausgabe. Aber wie ihr in unserem Jahresrückblick lesen könnt, hatten wir den Arsch voll Arbeit in diesem Jahr. Vielleicht wirds besser, vielleicht auch nicht.

*Solidarisch,
eure Fauistas*

Jahresrückblick (von Seite 1)

Der Arbeitskampf in Luterbach

Eine grosse öffentliche Sache ist sicher der Arbeitskampf in der Biogen-Fabrik in Luterbach (SO) Mitte Jahr brachten wir zusammen mit der IWW und dem Cigno Nero die Missstände an die Öffentlichkeit und an die Ämter. Die Antwort der drei Firmen (Biogen, Enzler Reinigungen, CBRE) war Union Busting: Entlassungen, Verwarnungen und Jagd auf unsere Mitglieder. Und trotzdem konnten wir genug Druck aufbauen, dass einige unserer Forderungen erfüllt wurden. Enzler behauptet, dies sei auf ihre Eigeninitiative geschehen. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Verbesserungen zeitgleich mit der heissen Phase des Arbeitskampfes geschahen. Der Konflikt dauert aber noch an. Lang-

gungen eher verschlechtert. Auch wenn die Pflegeinitiative angenommen wurde, kommen die Arbeiter:innen nicht drum herum, sich zu organisieren: Die grosse staatliche „Dankbarkeit“ hat wie gesagt nichts verbessert.

Wissen teilen

Ein nächster Schritt während des Wachstums wird sicher der Wissensaustausch und eine bessere Zugänglichkeit sein. Die FAU ist keine Bezugsgruppe, sondern eine Organisation welche unabhängig von persönlichen Kontakten funktionieren soll und muss. Einerseits werden dazu IT-Strukturen aufgebaut, welche einen einfacheren Einstieg in die Gewerkschaft ermöglichen sollen. Gleichzeitig sollen dadurch auch interne Diskussionen und gegenseitige Unterstützung einfacher werden.



Soli-Aktion vor der Biogen-Fabrik in Luterbach im Juli 2021.

fristig müssen wir die Erfolge verteidigen und unsere Position in der Fabrik weiter stärken.

Nebst diesem grossen Arbeitskampf kam es vermehrt zu Einzelberatungen und kleineren Auseinandersetzungen im Arbeitsbereich.

Pflegesyndikat gegründet

Die FAU hat zwei Strukturen: Einerseits sind dies natürlich die Orts- und Regionalgruppen. Andererseits können sich ab einer gewissen Grösse auch Mitglieder zusammenschliessen, welche in der gleichen Branche tätig sind. 2021 hat sich das erste Branchensyndikat überhaupt gebildet, und dies in der Pflege. Der Bereich hat besonders gelitten in der Pandemie und trotz endlich anerkannter Systemrelevanz haben sich die Bedin-

Als Zweites merken wir öfters, dass sich Leute die (Unterstützungs-)Arbeit nicht zutrauen. Dem wollen wir mit Workshops entgegenwirken. Denn Gewerkschaft sollte auch ein Ort sein, an dem Austausch von Wissen geschieht. Nur so können wir uns als Klasse selbst verteidigen.

Ortsgruppe Solothurn gegründet

Die FAU hatte in den vergangenen Monaten in und um Solothurn Zuwachs. Ausserdem gibt es mit dem Arbeitskampf in der Reinigung, dem durchgeführten Töggelitournee und den regelmässigen Workers Cafés einige Aktivität in der Region. Nach der Generalversammlung im Frühjahr 2021 hat sich deshalb die Ortsgruppe Solothurn gegründet. Das Ziel davon ist, die Gewerkschaft dezentraler zu organisieren und lokale Strukturen aufzubauen.

Wohnst du in oder um Solothurn und möchtest gerne in der Ortsgruppe aktiv werden? Melde dich bei:
solothurn@faunion.ch

Und zum Schluss: Dieses Jahr stand im Zeichen des Wachstums, der Arbeitskämpfe und der Frage nach der Organisation. Letzteres wird uns auch noch stark im Jahr 2022 beschäftigen. Daher versuchen wir einfacheren Zugang für Neumitglieder zu schaffen. Gerade in Krisenzeiten wie diesen zeigt sich die Notwendigkeit, in verbindlich organisierten Strukturen Widerstand zu leisten und gezielt die Gegenmacht von unten aufzubauen. Auf ein weiteres kämpferisches Jahr!

FAU Schweiz

Strike for Future 2022



Was vielleicht ob all der Pandemie vergessen ging: Die Klimakrise ist längst noch nicht gelöst. Gerade die Pandemie hat gezeigt, dass in Krisen unter anderem wir Arbeiter:innen die Folgen am meisten tragen müssen.

Die FAU Schweiz wird sich daher dieses Jahr wieder an Aktionen am Strike for Future beteiligen und ruft alle dazu auf, es uns gleich zu tun.

Die drohende Klimakatastrophe geht uns alle etwas an, und die Regierung wird nicht mal das Nötigste tun, um diese abzuwenden. Es liegt also an uns.

Vereinigungsfreiheit in Genf verletzt

Trotz massiver Vertretung an den Unispitälern Genf wird die Basisgewerkschaft Avenir Syndical nicht einbezogen. Die FAU Schweiz fordert die sofortige Anerkennung von Avenir Syndical.

Die Arbeitsbedingungen an den Universitätsspitälern Genf (Hôpitaux universitaires de Genève HUG) verschlechtern sich stark. Überlastung, autoritäres Management, Missachtung der Arbeiter:innen, Nichteinhaltung von Arbeitsgesetzen und Vorschriften (Plannings, Arbeitszeiten, Ferien, Zulagen, Ankleidezeit), Übertragung von Operationen in Privatkliniken, Anstieg von Berufskrankheiten, Fehlzeitenquoten von über 15% beim Gesundheitspersonal, Managementquote von über 15% des Gesamtpersonals (was zu viel Hierarchie bedeutet), usw.

In diesem Zusammenhang, haben die Arbeiter:innen eine neue Gewerkschaft - Avenir Syndical - gegründet, eine Gewerkschaft, die auf das Personal hört und sehr aktiv an den Universitätsspitälern



von Genf ist. Sie ist dort sogar die repräsentativste Gewerkschaft.

Die Geschäftsführung boykottiert jedoch aktiv Avenir Syndical - wahrscheinlich aus Angst vor einem Aufstand des Personals - und verletzt damit schamlos die Vereinigungsfreiheit der 12'000 Arbeiter:innen dieses öffentlichen Krankenhauses und hindert sie daran, von der Gewerkschaft ihrer Wahl vertreten zu werden.

Genfer Justiz schlägt sich auf die Seite der HUG

Noch schändlicher ist, dass die Justiz der HUG zu Hilfe kommt und sie darin bestätigt, die Vereinigungsfreiheit zu verletzen!

Die Schweiz ist jedoch Unterzeichnerin der ILO-Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit. Dieses Recht ist auch in der Schweizer und Genfer Verfassung. Diese Vereinigungsfreiheit befindet sich sogar in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Alle Arbeiter:innen haben das Recht, der Gewerkschaft ihrer Wahl beizutreten!

Empört über diese Verletzung eines Grundrechts von 12'000 Arbeiter:innen einer öffentlichen Genfer Einrichtung, fordern wir die sofortige Wiederherstellung der Vereinigungsfreiheit für das HUG-Personal und das Ende des Boykotts gegenüber Avenir Syndical.

FAU Schweiz

Sudan: An alle Unterstützer:innen der Freiheit

Im Oktober hat das Militär geputscht. Es kommt zu Massendemonstrationen, wie schon zu Beginn der Revolution 2018/19. Nun müssen internationale Konsequenzen folgen und das Regime isoliert werden. Die Bevölkerung muss wieder an die Macht kommen.

Ende 2018 begann es im Sudan zu brodeln. Wirtschaftskrise und die Repression unter dem Diktator Omar Al-Bashir führte zu Massendemonstrationen. Im April 2019 wurde Al-Bashir schliesslich entmachtet, da sich auch das Militär von ihm abwandte und so tat, als würde es den Weg frei für eine zivile Regierung machen. Nach einer kurzen Verschnaufpause trat das Militär jedoch bereits Mitte 2019 mit schärfster Repression gegen die immer noch demonstrierende Bevölkerung auf. In den darauf folgenden Verhandlungen wurde schliesslich eine Übergangsphase ausgehandelt und in einem Verfassungsgesetz (Constitutional Act) festgeschrieben. In der Übergangsphase bis zu einer neuen Verfassung sollte die Regierung je hälftig aus zivilen und militärischen Vertreter:innen bestehen¹. Der „Frieden“ war von Anfang an trügerisch, da der zivile Teil immer machtlos gehalten wurde, während die Militärs immer Mehr macht an sich rissen. Nun hat Ende 2021 das Militär erneut geputscht. Nachfolgend findet sich der Aufruf der Sudanese Professionals Association SPA².

Der Sudan hat am 25. Oktober einen Militärputsch unter der Führung von General Abdul Fattah Alburhan erlebt. Am 11. November folgte der Versuch einer Legalisierung, indem der abgesetzte Premierminister Abdullah Hamduk zum Premierminister des Militärputsches ernannt wurde. Dies ändert natürlich nichts an der Natur des Putsches, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Das Verfassungsgesetz wurde im August 2019 von den Kräften der Freiheit und des Wandels (englisch: Forces of Freedom and Change) und dem Militärrat unterzeichnet. Dieses Abkommen wurde von der Afrikanischen Union unterstützt und gefördert, die erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um es zustande zu bringen. Auch wenn wir mit dem Verfassungsgesetz nicht ganz zufrieden waren, bleibt



Seit dem Putsch kommt es wieder vermehrt zu Demonstrationen. Die Sicherheitskräfte gehen brutal dagegen vor.

er die verfassungsrechtliche Referenz für die Übergangsphase und muss eingehalten werden. Wir glauben auch, dass der Schutz des Verfassungsgesetzes in der Verantwortung der Sudanese:innen, der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen liegt.

Zweitens: Die Entscheidungen, die Abdulfattah Burhan als Oberbefehlshaber des Militärs getroffen hat, sind verfassungswidrig, weil sie nicht zu seinen Befugnissen als Oberbefehlshaber des Militärs oder als Chef des Souveränen Rates gehören. Denn niemand hat das Recht, das Verfassungsgesetz auszusetzen. Die einzige Bezeichnung dessen, was am 25. Oktober

2021 geschah, ist daher, dass es sich um einen Militärputsch und die Untergrabung der verfassungsmässigen Ordnung handelt, was nach sudanesischem Recht ein Verbrechen ist. Es verstösst auch gegen die Grundsätze und Gesetze der Afrikanischen Union; es war daher ein guter erster Schritt, dass die Union die Mitgliedschaft des Sudans danach ausgesetzt hat.

Abkommen ist ungültig

Drittens: Das politische Abkommen, das zwischen dem Anführer des Putsches und Dr. Abdallah Hamduk, dem Premierminister des Militärputsches³, unterzeichnet wurde, ändert nichts an den Tatsachen, dass es sich um einen Putsch handelt. Es verstösst sogar gegen die Verfassung und missachtet diese. Da eine unterzeichnete Vereinbarung zwischen zwei Parteien nur

diese beiden umfasst, repräsentieren weder Burhan noch Herr Hamduk den zivilen Teil der Gesellschaft, der von den Kräften der Freiheit und des Wandels gebildet wird, wie es auch im Verfassungsgesetz steht.

Viertens: Die zwischen dem Anführer des Staatsstreichs und Abdullah Hamduk³ unterzeichnete Vereinbarung schützt die Handlungen, die am 25. Oktober

2021 stattgefunden haben. Abdullah Hamduk wurde demnach zum Premierminister ernannt, mit festgelegten Aufgaben und Funktionen, die im Widerspruch zum Verfassungsgesetz stehen. Darüber hinaus hat der Anführer des Staatsstreichs eigenmächtig den Souveränen Rat ernannt, ohne sich an das Verfassungsgesetz zu halten, und machte sich so zum Herrscher über alle Entscheidungen. Der Putschistenführer

¹ weitere Infos von der Revolution bis zum Verfassungsgesetz finden sich beispielsweise hier:

<https://www.sudaninthenews.com/report-sudans-constitutional-declaration>

Schwarzi Chatz #57-60

² Die Sudanese Professionals Association SPA ist ein Gewerkschaftsverband, dem verschiedene Gewerkschaften im Sudan angehören. Die SPA begann 2012 ihre Arbeit als Erweiterung der Sudanese Professional Federation. Sie spielte sowohl bei der Revolution im April 1985 als auch bei der Revolution im Oktober 1964 eine wichtige Rolle. Nach dem Militärputsch der Islamischen Front im Jahr 1989 wurde die Gewerkschaft aufgelöst, und die meisten ihrer Führer:innen wurden verhaftet, einige wurden ermordet, und andere waren gezwungen, zu flüchten und ihre Arbeit für die SPA vom Ausland aus zu fortzuführen. Die SPA hat wie schon in den vorherigen Revolutionen im Sudan auch in jener ab Dezember 2018 eine wichtige Rolle gespielt.

³ Hamduk wurde vom Militär während des Putsches abgesetzt und im November dann wieder eingesetzt. Hamduk hat Anfangs 2022 seinen Rücktritt erklärt, da sich die progressiven Kräfte gegen ihn und sein Abkommen mit den Putschist:innen gestellt hatten und die Unterdrückung durch die Militärs immer heftiger wurde.

und sein Premierminister versuchen, der internationalen Gemeinschaft vorzugaukeln, die politische Einigung sei ein Rückzug des Putsches. Dies stimmt nicht.

Ein Rückzug des Putsches hätte zur Folge gehabt, dass alle nach dem Putsch getroffenen Entscheidungen null und nichtig gewesen wären. Daher sind alle vom Anführer des Staatsstreichs getroffenen Entscheidungen, wie die Auflösung und Umstrukturierung des Souveränitäts- und des Minister:innenhauses, verfassungswidrig und daher nichtig.

Massive Menschenrechtsverletzungen nach dem Staatsstreich

Seit dem Morgen des Staatsstreichs am 25. Oktober 2021 hat das sudanesisches Volk in Massendemonstrationen gegen den Staatsstreich protestiert. Die Sicherheitsbehörden sind ihnen mit exzessiver Gewalt und Brutalität entgegengetreten. Die Gesamtzahl der von den Sicherheitskräften getöteten Märtyrer:innen beläuft sich auf 72, ganz zu schweigen von der Zahl der Verletzten, die an nur einem Tag (19. Dezember 2021) mehr als 300 betrug. Hier sind einige Beispiele für die nach dem 25. Oktober begangenen Verbrechen:

1. Einsatz von scharfer Munition, Tränengaskanistern (von denen einige giftige Gase enthielten) und Schallbomben.
2. Willkürliche Inhaftierungen waren in Gebäuden der Streitkräfte und der Rapid Support Forces RSF weit verbreitet, in denen Häftlinge gefoltert und misshandelt wurden. Andere wurden gemäss dem Notstandsgesetz in reguläre Gefängnisse verlegt.
3. Erwähnenswert ist die Verhaftung von 44 Kindern, die an friedlichen Demonstrationen teilgenommen hatten; einige von ihnen wurden vor Gericht gestellt.
4. Wie schon nach der brutalen Auflösung der Sitzstreiks 2019 haben die Putschist:innen das Internet und andere Kommunikationsmittel abgeschnitten.
5. Die anhaltenden Übergriffe von Milizen und regulären Regierungstruppen gegen Vertriebene in der Region Darfur sind weiterhin ein Brennpunkt, bei dem

immer mehr unschuldige Menschen ums Leben kommen. Z.b. auch während der Ereignisse in Jebel Moon und Crank, bei denen Dutzende von Menschen getötet wurden und Tausende gezwungen waren, in benachbarte Ortschaften zu fliehen oder sich in den Tschad zu retten. Nach Angaben des Ärztekomitees im Bundesstaat West-Darfur wurden 148 Menschen getötet und 123 weitere verletzt. Dies geschah in Jebel Moon, Kerinik und Serba seit dem 17. November 2021.

6. In jüngster Zeit sind auch Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen, die nach dem humanitären Völkerrecht geschützt sind, vor Angriffen der Sicherheitsbehörden nicht verschont geblieben. Die Sicherheitskräfte sind in Krankenhäuser eingedrungen und haben Verletzte festge-



Vertriebene in Darfur. Die Regierungstruppen und allen voran die Mörderbanden der Rapid Support Forces/Janjaweed begehen täglich Verbrechen gegen die Menschen Darfurs. Sanktionen hatte die vom Militär unterstützte Miliz schon vor dem Putsch nicht zu befürchten.

- nommen, was einen eklatanten Verstoß gegen das Recht auf Behandlung und die Unverletzlichkeit von Krankenhäusern darstellt, die durch das humanitäre Völkerrecht und nationale Gesetze geschützt sind.
7. Es wurden mehrere Fälle festgestellt, bei denen von den Sicherheitsbehörden verhindert wurde, dass Patient:innen und verletzte Gefangene behandelt werden.
 8. 13 Verdachtsfälle von Vergewaltigung und sexueller Belästigung, von denen acht vom 19. Dezember 2021 bestätigt wurden.
 9. Die Putschisten haben eine rabiate Verhaftungskampagne gegen die Widerstandskomitees gestartet, welche noch anhält.
 10. Einer dieser Verhafteten ist Mustafa, 11 Jahre alt. Er wurde schwer gefoltert. Auf der Grundlage der obigen Ausführun-

gen steht fest, dass der Staat jetzt vollständig unter Militärherrschaft steht, vom Zentrum bis zu den Bundesstaaten. Die allgemeine Lage lässt jedoch darauf schliessen, dass die täglichen Vorfälle und Verstöße, bei denen Demonstrant:innen getötet, abgeschlachtet und gefoltert werden, ein Beweis für das Versagen von Vereinbarungen sind, die nicht auf die Interessen der Bevölkerung eingehen oder diese einbeziehen.

Internationaler Druck nötig

Wir von der Sudanesischen Berufsvereinigung SPA fordern:

1. Die Mitgliedschaft des Sudan in den verschiedenen internationalen Institutionen auszusetzen, bis ein neuer Verfassungsstatus unter ziviler Führung erreicht ist.
2. Verhängung von individuellen Sanktionen gegen die Mitglieder des Putschrates und Verbot der Teilnahme an Konferenzen und Veranstaltungen auf internationaler Ebene.
3. eine internationale Untersuchung unter der Schirmherrschaft der Afrikanischen Union über alle Verstöße einzuleiten, die nach der Verabschiedung des Beweisbeschlusses vom 25. August 2021 begangen wurden
4. Jegliche technische und logistische Unterstützung für das sudanesisches Militär und seinen Sicherheitsapparat einzustellen.
5. technische und logistische Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen für ihre Rolle bei der Überwachung der öffentlichen Freiheiten und Verstößen gegen die Grundrechte.
6. Aufforderung an die Europäische Union und die Liga der Arabischen Staaten, diese Massnahmen zu ergreifen, um die herrschende Junta in Khartum zu bedrängen.
7. Druck auf die jeweiligen Regierungen auszuüben, die Putschregierung in Khartum nicht anzuerkennen.

Sudanese Professionals Association SPA
Übersetzt aus dem Englischen: FAT

La Grève de SMOOD et Simple Pay

La Grève de SMOOD et Simple Pay rattrapée par la paix absolue du travail

Les travailleurs/euses de Smood et Simple Pay ont mené une mobilisation courageuse durant des semaines. Enfermé.e.s dans la conciliation décrétée par l'Etat de Genève, les salarié.e.s ont dû renoncer à la lutte ouverte. Maintenant la répression patronale s'abat sur elles et eux avec trois licenciements à effet immédiat et un accès restreint au travail pour les autres. Les revendications n'ont pas abouti. La précarisation se maintient et s'affirme ainsi.

Il y a dans la Grève exemplaire des travailleurs/euses de Smood et Simple Pay une lutte fondamentalement juste mais un rapport de forces insuffisant. Il faut saluer la détermination des grévistes et l'engagement d'un certain nombre de secrétaires syndicaux d'UNIA qui ont appuyé cette lutte. Mais cela n'a pas suffi.

L'appareil central d'UNIA qui détenait les fonds de grève a arrêté le mouvement et accepté l'assignation à la conciliation. Ceci soulève un problème très important, décisif. Une grève ne se maintient et ne se règle pas grâce aux grosses caisses, à l'argent qui permet de payer les secours de grève. Quand un appareil dispose souverainement de ces moyens, il pense pouvoir déterminer discrétionnairement quand il y a lutte, quand elle commence, quand elle finit et par quoi elle finit. Chacun.e sait que les appareils n'aiment pas les luttes longues qui coûtent cher à leur fortune. Mais surtout qui montrent qu'il y a autre chose de possible que la paix du travail absolue.

La Grève est un mouvement profond de mobilisation. Elle s'inscrit dans un faisceau de résistance qui matérialise un rapport de forces. La question centrale est celle de la puissance des travailleurs/euses mobilisé.e.s et non pas simplement celle des secours de grève à disposition.

Une grève peut être gagnée ou perdue. Le rapport de forces peut nous être défavorable malgré une lutte décidée. Mais perdre parce que nous ne nous sommes pas donné les moyens de gagner détermine une défaite aux plus lourdes conséquences. Ceci vaut pour toutes les pratiques et les formes d'organisation syndicale. Pour le syndicalisme de base aussi, naturellement.

De surcroît, derrière le mouvement des Smood et des Simple Pay se tiennent les intérêts des appareils syndicaux centraux à contrôler le terrain des CCT, les conditions de leur extension et l'argent des contributions professionnelles. Tout cela, avec le pouvoir social, économique et politique que cela procure, c'est ce qui intéresse au premier chef les appareils bureaucratiques. Ceux-ci veillent à leurs intérêts propres et à leur



rente de situation, profondément différents des revendications, des demandes, des aspirations et des intérêts des travailleurs et travailleuses.

La lutte des Smood et Simple Pay n'échappe pas à ces contradictions. Il est du domaine public que Syndicom a négocié, sans base adhérente, et continue de la faire, une CCT qui ne repose pas sur un rapport de forces et ne peut donc pas déterminer des avancées majeures pour les salarié.e.s. Il faut souligner encore que la très mauvaise CCT du travail temporaire, avec ses contributions pro-

fessionnelles iniques, marque sans doute les négociations en cours. Presque aussi mauvaise que la CCT du travail temporaire, la CCNT de l'hôtellerie et de la restauration est maintenant invoquée par l'appareil central d'UNIA pour se maintenir à tout prix dans le jeu du dialogue social. Bien entendu, Syndicom est absent de cette convention.

Les luttes, les mobilisations et les grèves ont besoin de pouvoir s'appuyer sur des organisations syndicales qui se caractérisent par une stratégie de lutte et de construction du rapport de forces et non par la prééminence à tout prix de la paix du travail.

Démocratiser les négociations de CCT

Dans cette dynamique, il faut avancer pour démocratiser profondément la négociation, la conclusion et l'extension des CCT. Les travailleurs/euses doivent pouvoir débattre et décider sur les accords collectifs. Les contributions professionnelles doivent disparaître. C'est aux patrons d'assumer les coûts de gestion des accords collectifs et cet élément-là doit figurer comme un objectif important des négociations menées.

Les CCT doivent être l'occasion d'une progression de la démocratie sociale. L'amélioration des salaires, des conditions de travail ainsi que des droits démocratiques et syndicaux doivent marquer tout accord collectif.

La cause des travailleurs et des travailleuses de Smood et Simple Pay, leurs revendications, leurs actions font partie de la lutte de tout le salariat. Nos combats ont des hauts et des bas, il s'agit de les assumer et de continuer sans cesse.

Marceau & Johnny

Kasachstanskrise

Vom „sanften Machttransfer“ zu Aufstand und Intervention

Kasachstan, das zweitgrösste postsowjetische Land, die stärkste Wirtschaftsmacht in Zentralasien, ist zu Jahresbeginn weltweit in die Schlagzeilen der Medien geraten. Auf die Erhöhung der bisher subventionierten Flüssiggaspreise zum Jahreswechsel reagierten präkäre Teile der Bevölkerung zunächst mit Protesten, die in Strassenblockaden und Streiks übergingen. In einigen Regionen wurden Rohstoffförderung und Metallverarbeitungsindustrie bestreikt, von den Arbeitsniederlegungen waren auch Teile des Transportwesens gelähmt. 12 Städte des Landes wurden gleichzeitig von Protesten ergriffen.

Nachdem der Präsident Qassym-Schomart Toqajew (Tokajew) bereits nach vier Tagen die Preiserhöhung in den von den Protesten betroffenen Region zurückgenommen hatte und am nächsten Tag die Regierung samt Premierminister Asqar Mamin zurücktreten mus-

ste, hatte sich die Lage nicht beruhigt. Im Gegenteil, es begannen Überfälle auf Polizei- und Geheimdienstgebäude, Entwaffnungen von Vertreter:innen der Staatsgewalt und Plünderungen. Auch die landesweite Blockade von Internet und teilweise Mobilfunk brachte keine Eindämmung der Proteste. In der ehemaligen Hauptstadt Almaty wurden administrative Gebäude, Büros der Regierungspartei „Nur Otan“ und Redaktionen der Staatsmedien gestürmt und teilweise angezündet. Zeitweilig besetzten die Protestierenden den Flughafen. Kolonnen mit Militärtechnik wurden von Demonstrant:innen gestoppt und zum Umkehren gebracht. Der Protest, ohne gemeinsamen Forderungskatalog, namentlich bekannte Anführer:innen oder nennenswerte beteiligte politische Organisationen, schien den kasachischen Staat an den Rand des Kontrollverlusts zu treiben.

Der in allen bisherigen Krisensituationen

übliche Appell an die Autorität des ersten Präsidenten Nursultan Nasarbajew, der erst als Parteichef in der Sowjetrepublik fungierte und später zum Staatsgründer des unabhängigen Kasachstans wurde und das Land bis 2019 regierte, führte diesmal nicht zum von der Staatsspitze gewünschten Ergebnis. Die Protestierenden zerstörten die Denkmäler für „Elbasy“ („Führer der Nation“), so der Titel des noch lebenden Nasarbajew und skandierten „der Alte soll weg“. Ohne zu warten, ob der von selbst diesen Forderungen nachgeht, entband Präsident Tokajew sei-



nen Amtsvorgänger von seinem vorletzten offiziellen Posten: Chef des Sicherheitsrates. Diesen bekleidete Nasarbajew laut Verfassung eigentlich auf Lebenszeit. Den Posten übernimmt Tokajew nun selbst. Seitdem ist der Aufenthaltsort des „Führers der Nation“ – immerhin ein in der Verfassung verankerter offizieller Titel Nasarbajews – unbekannt.

Ein härteres Durchgreifen funktionierte mit dem scheinbar teilweise demoralisierten und sich in der Auflösung befindenden Gewaltapparat mässig, die Sicherheitskräfte hatten tödliche Verluste zu beklagen. Die Bevölkerung begann sich währenddessen zu spalten – und zwar nicht in Anhänger:innen und Gegner:innen der Regierung. Viel mehr in diejenigen, die die Abwesenheit von Polizei und zurückgelassene Waffen nutzen, um sich Güter anzueignen und diejenigen, die Bürger:innenwehren gründeten, um ihr Eigentum und das der Nachbar:innen zu verteidigen. Der Konflikt zwischen

der (häufig russischsprachigen) Stadtbevölkerung („Schala-Kasach:innen“) und kasachischsprachigen jungen Männern vom Land („Mambets“) spitzte sich zu. Während im Industriegebiet im Westen, wo die Proteste begannen, Plünderungen ausblieben, dominierten sie in Almaty bald das Strassenbild.

Der Präsident demonstrierte zuerst Verständnis für die Sorgen des Volkes, sprach dann aber eine verklausulierte Drohung aus, indem er die Jugend ermahnte, an ihre Zukunft zu denken. Schließlich erklärte er die Proteste zu einem Werk

von „Verschwörern“ und „im Ausland ausgebildeten Terroristen“. Am 07. Januar 2022 erteilte er einen Schiessbefehl. Seitdem sind mehr als 200 Tote (darunter 16 auf der Seite der Sicherheitskräfte) und knapp 10.000 Festnahmen gemeldet worden. Schließlich richtete er einen Hilfesuch an die

Bündnispartner:innen von der „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS), die umgehend Truppen in das Land schickten. Innerhalb von Tagen war der Aufstand niedergeschlagen.

Kasachstan aus der Sicht des Westens – Eine Diktatur wie Russland, aber nützlich!

In der Berichterstattung der westlichen Medien genoss Kasachstan bisher den Ruf des „Klassenbesten“ unter den postsowjetischen Staaten Zentralasiens. Kirgistan, Usbekistan und Tadschikistan sind auf Geldüberweisungen ihrer Bürger:innen aus dem Ausland angewiesen, wo diese sich als billige Arbeitskräfte verdingen. Turkmenistan hindert umgekehrt Bürger:innen an der Ausreise, um sie in der Rohstoffförderung zu beschäftigen. Im Gegensatz dazu ermöglicht es Kasachstan der Export

(Fortsetzung auf Seite 8)

Kasachstan

(von Seite 7)

von Erdöl, Gas, Uran, Kupfer und weiteren Rohstoffe seinen Bewohner:innen bisher einen wesentlich höheren Lebensstandard zu bieten. Das Land zieht Arbeitsmigrant:innen aus dem benachbarten Kirgistan und Usbekistan an, die in der Landwirtschaft oder als Haushalts-hilfen beschäftigt werden.

Dass das politische Regime Kasachstans seit der Unabhängigkeit 1991 einen härteren Autoritarismus als Putins Russland darstellt, entgeht eigentlich keiner Beobachter:in. Der Personenkult um den Staatschef mag weniger ausgeprägt sein als in Turkmenistan, die Repressionen weniger blutig als die des aus dem Bürger:innenkrieg entstandenen Regimes in Tadschikistan, von einer Konkurrenz der politischen Kräfte um die Macht durch Wahlen kann jedoch nicht die Rede sein. Die „Stabilität“ in Kasachstan wird lobend erwähnt, weil im Gegensatz zu Russland oder Belarus im Land ein „gutes Investitionsklima“ herrscht. Der kasachische Staat hindert ausländische Kapitalist:innen nicht an Geschäften mit den eigenen Rohstoffen, sondern lockt sie ins Land. Die Aktien der Tochtergesellschaften der kasachischen Unternehmen sind grösstenteils in den Händen ausländischer Konzerne.

Niederschlagung von Arbeitskämpfen

Zu den Faktoren, die dem ausländischen Kapital die Geschäfte mit den kasachischen Rohstoffen angenehm gestalten, gehört die drakonische Unterdrückung jeglicher Arbeitskämpfe, vor allem in der Rohstoffförderung. Kasachstan ist bisher der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion, in dem gegen Streiks mit scharfem Schusswaffeneinsatz vorgegangen wurde. In der Industriestadt Schangaösen, in der die aktuellen Proteste begannen, kam es bereits im Dezember 2011 zu Streiks und Unruhen, bei deren Niederschlagung die Sicherheitskräfte scharf geschossen

hatten. 16 Menschen starben und Hunderte wurden verletzt. In den darauffolgenden Jahren wurden in der Region dutzende Aktivist:innen, Zeug:innen und deren Familienangehörige entführt, getötet, vergewaltigt, verstümmelt und eingesperrt. 2017 wurde die „Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften“ per Gerichtsbeschluss aufgelöst. Die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften ist seitdem de facto verboten. Es existieren mancherorts jedoch weiterhin informelle Arbeiter:innen-Komitees. Gewerkschaftsaktivist:innen werden systematisch bedroht, entführt und wegen krimineller Delikte verurteilt.

All das erregte bei weitem weniger in-



Angezündetes Rathaus in Almaty: Nicht überall im Land kam es zu Plünderungen. Diese schreckten eher viele ab und führte zu Spaltungen.

ternationale Aufregung, als es Repression gegen Menschenrechtler:innen, Unternehmer:innen und Journalist:innen in Russland oder Belarus tut. Kasachstan ist ein wichtiger Handelspartner der EU, seit 2014 läuft ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Auf seinen Status als Atommacht verzichtete die Republik nach der Unabhängigkeit 1991 zugunsten einer politischen und ökonomischen Partnerschaft mit den führenden kapitalistischen Staaten, die Kasachstan auf die Dienste an ihrem Ölbedarf reduzierten. Kasachstan unterstützte den „War on Terror“ mittels der Entsendung von Militärs nach Irak, später machte Nasarbajew deutlich, dass seine militärische Partnerschaft mit Russland nicht die Unterstützung von Putins Ukraine-Politik bedeute.

In Russland galt Nasarbajews Regime als eigenwilliger, jedoch insgesamt stabi-

ler Verbündeter. Kasachstan ist eine der tragenden Säulen der Eurasischen Zollunion und sein ehemaliger Präsident galt als Gegner des antirussischen Nationalismus. Zwar wurden unter ihm alle wichtigsten Posten von Kasach:innen besetzt, doch der multiethnische Charakter des neuen Staates, in dem Kasach:innen vor 1991 lediglich eine Minderheit waren, stellte er nicht in Frage.

In liberal-oppositionellen Kreisen wurden vor allem die Erfolge der Wirtschaftsreformen des Regimes, dessen Korruption von niemand ernsthaft in Frage gestellt wurde, sowie die „Weltoffenheit“, sprich Öffnung der Märkte, gefeiert. Im Gegensatz zu Russland und Belarus meidet die Staatspropaganda in Kasachstan antiwestliche Rhetorik. So wurde Kasachstan als effizienteres Modell des Autoritarismus mit Aussicht auf sanfte Reformierung gesehen und Nasarbajew als der weit-sichtigste Autokrat unter seinen postsowjetischen Amtskollegen.

Soziale Revolte und politische Krise

Die Verdopplung der Flüssiggaspreise zu Jahresbeginn traf vor allem diejenigen, die nicht in der

Rohstoffbranche beschäftigt sind. Wer mit einem auf Kredit gekauften Fahrzeug Lebensmittel transportierte und damit seine Hypothekenschulden für die Wohnung abbezahlte, verlor durch den Wegfall der staatlichen Subventionen seine Existenzgrundlage. Die Proteste im Industriegebiet am Kaspischen Meer beinhalteten anfänglich vor allem soziale Forderungen an den Staat: eine Senkung des Rentenalters, die Erhöhung des Kindergeldes und der Invalidenrente, die Senkung der Lebensmittelpreise sowie die Senkung der Prozente bei Wohnungshypotheken. Später kamen hierzu, vor allem in anderen Regionen, politische Forderungen nach der Rückkehr zu der „alten Verfassung von 1993“, dem Rückzug von Nasarbajews aus der Politik und dem Sturz über Jahrzehnte aufgebauten Machtgefüges seiner Familie. Während der Staat zunehmend die Kontrolle ver-

lor, richteten sich die Protestierenden mit ihren Forderungen weiter an ihn. Zugleich trafen immer mehr junge Männer aus ländlichen Gebieten in den Städten ein, denen heute die Verantwortung für die gewaltsame Eskalation und Plünderungen zugeschrieben wird. Die Proteste hatten von Anfang an keine koordinierten Strukturen, einige Teilnehmer:innen distanzieren sich von den Plünderungen oder sahen in ihnen Provokationen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Demonstrant:innen und „zugezogenen“ Plünderern. Gerüchte darüber, dass die Polizeikräfte absichtlich abgezogen wurden und ihre Waffen abgaben, machten die Runde.

Der Prozess des „sanften Machttransfers“, den Nasarbajew 2019 mit seinem Rücktritt vom Präsidentenamt einleitete, scheint aus dem Ruder gelaufen zu sein. Damals war die Aufgabe seines Postens mit der Garantie der Sicherheit von Strafverfolgung für ihn und seinen geschäftstüchtigen Familienangehörigen verbunden. Eigentlich wurden von der Regierung unter dem Technokraten Tokajew wirtschaftliche Liberalisierung (Streichung der Subventionen) und politische Liberalisierung (die bis dahin benannten Chefs der Lokalverwaltung werden nun gewählt) erwartet. Bei den Wahlen sollte es in Zukunft Frauen-, Behinderten- und Jugendquoten geben. Die Märkte sollten weiter dereguliert werden.

Nach dem Ausbruch der Proteste kündigte Tokajew an, die Preise für die wichtigsten Lebensmittel einzufrieren. Er drohte zugleich mit Hinrichtungen und Ausbürgerungen von Teilnehmer:innen der Aufstände. In der Krisensituation griff Tokajew zu bewährten paternalistischen Mitteln. Hatte er sich früher als aufmerksamer Schüler seines Mentors Nasarbajew präsentiert und vor jeder Entscheidung stets auf den Ratschlag des „Anführers der Nation“ verwiesen, spielte er jetzt selbst die Rolle des strengen, aber verständnisvollen „Vaters des Volkes“. Das Gehalt der Beamt:innen ist für Jahre eingefroren worden, die Unternehmer:innen

wurden aufgerufen, sich „sozial verantwortlich“ gegenüber den Sorgen der „einfachen Leute“ zu zeigen. Die reichsten Unternehmer:innen müssen Zahlungen in die staatliche Stiftung zur Milderung der sozialen Not einzahlen.

Schwächung von Nasarbajew's Leuten

Als Hauptverantwortlicher der Lage wurde der engste Nasarbajew-Vertraute und ehemalige Geheimdienstchef Karim Massimow samt einigen ehemaligen Stellvertretern verhaftet – ihm wird gezielter Abzug der Sicherheitskräfte während der Plünderungen und sogar die Mitorganisation der Ausschreitungen vorgeworfen. Bald darauf verlor das



Machtdemonstration vorbei: Die Truppen der „Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit“ OVKS blieben nicht lange. Dazu gehören Nachbarstaaten wie Russland, Belarus und Tadschikistan.

Unternehmen von Nasarbajews Tochter Darigha einen lukrativen Staatsauftrag, was ihr faktisches Monopol bei der für die Bürger:innen verpflichtenden Verschrottung alter Fahrzeuge sicherte. Zwei Schwiegersöhne des alten Präsidenten mussten ihre Führungsposten räumen. Dass die Proteste eine vorläufige Schwächung des Nasarbajew-Clans zur Folge hatten, führt bei den ausländischen Expert:innen zu Spekulationen, die Proteste seien von oben initiiert worden. Weil eine „Palastrevolte“ an deren Ende stehen könnte, müsse diese auch ihr Zweck gewesen sein, so die Interpretation. Doch allein der Blick darauf, wie sich Zugeständnisse und Drohungen in den Reden Tokajews abwechselten, verrät, dass die Ängste der Machthaber:innen vor der Situation durchaus real waren.

Intervention der OVKS – kurz, aber bedeutend

Für die ursprünglichen Forderungen nach den Preissenkungen zeigte Tokajew Verständnis, weitere Eskalation erklärte er jedoch zum Werk von „Terroristen“ und „Verschwörern“, hinter der nicht näher benannte ausländische Mächte stehen würden. Näher benannt wurden dagegen die ausländischen Mächte, die er zur Hilfe rief: die Bündnispartner Kasachstans von der OVKS. Die Freund:innen aus Russland, Belarus, Kirgistan, Tadschikistan und Armenien erklären sich rasch bereit, zu helfen. Dies ist der erste Kampfeinsatz seit der Gründung des Bündnisses 1992. Damit bekommt der Aufstand den Status einer äusseren Aggression. Die Entscheidung, Tokajews Gesuch einer Intervention zu folgen, durfte ausgerechnet der armenische Regierungschef Nikol Patschinyan verkünden, der 2017 in der Folge von Massenprotesten die Macht übernahm und seitdem aus Moskau als „unsicherer Kantonist“ misstrauisch beäugt wurde. Auch die Interventionsmacht Kirgistan hat mit Sadyr Dscharparow einen Präsidenten, der nach Massenprotesten gegen seinen Vorgänger an die Macht gekommen war. Dass der gemeinsame Einsatz zustande kam, sendet ein klares Signal – das Bündnis ist trotz

allen Differenzen konsolidiert und aktionsfähig. Dass ein Bündnisfall laut den Statuten einen Angriff von aussen voraussetzt, fällt nicht ins Gewicht. Tokajew sprach erst vom „terroristischen Angriff“, dann, nach der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, von einem „Umsturzversuch“. Die für die Gewaltanwendung zuständigen staatlichen Organe scheinen heute wieder zu funktionieren und können weiter Repression auch ohne die Unterstützung der Bündnispartner erledigen. Diese haben inzwischen mit dem Abzug begonnen. Tokajew scheint seine Kontrolle über Kasachstan gefestigt zu haben und seine Verbündeten brauchen wegen ihres Einsatzes keine Sanktionen aus dem Westen zu befürchten. Darüber, dass es beim wichtigen Rohstofflieferan-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Kasachstan

(von Seite 9)

ten Kasachstan eine stabile Staatsordnung gibt, scheinen sich ansonsten verfeindete Staaten einig zu sein.

Nach Tokajews Sieg: Schock und Enttäuschung

Während sich Expert:innen für die Pseudowissenschaft „Geopolitik“ in belarussischen und russischen Medien in Spekulationen über die möglichen „Drahtzieher:innen“ aus den USA, der EU, der Türkei oder China verlieren und in Kasachstan fleissig nach den inneren Verbündeten des äusseren Feindes gesucht wird, haben diejenigen, die in den Aufstand anfänglich viel Hoffnung gesetzt haben, eine erneute Enttäuschung zu verkraften.

Enttäuschend für die Fans von Nawalny und Belarus-Protesten: Statt fairen Wahlen des Führungspersonals und Forderungen nach besseren Institutionen und Marktformen, standen in Kasachstan erst die staatliche Preisregulierung, dann die iPhones und Fernsehgeräte auf der Agenda der Protestierenden.

Linke, die sich weltweit mit den Protesten solidarisierten, haben es nun mit einem bitteren Nachgeschmack zu tun. Daran ist nicht nur die vorläufige Niederlage schuld. Die Revolte enttäuschte die an sie herangetragenen Hoffnungen. Als die Proteste eskalierten, standen keine Avantgarde-Partei mit der richtigen Linie, keine selbstorganisierten anarchistischen Gemüsegeräten auf der Agenda, sondern die direkte und gewaltsame Aneignung von Produkten, nicht jedoch von Produktionsmitteln. Im Westen des Landes waren die Proteste tatsächlich eher von der Aufstellung von Forderungen und Schaffung eigener Ad-hoc-Strukturen geprägt, während in Almaty der Schwerpunkt auf der Konfrontation mit der Staatsgewalt lag. Eine landesweite Vernetzung kam nie zustande. Die Sicherheitskräfte leisteten zwar anfänglich auffällig wenig Gegenwehr, aber von einem Seitenwechsel im Sinne des Widerstands gegen den OVKS-Einmarsch kann keine Rede sein. Zu dem Zeitpunkt der Intervention waren viele bereits durch Plünderungen abgeschreckt. Die Aktivitäten der wenigen organisierten Linken, wie der Mediengruppe „Rote Jurte“ oder der „Sozialistischen

Bewegung Kasachstans“, die bei den Demonstrationen auftraten, konnten die Situation nicht nennenswert beeinflussen. Die insurrektionalistischen Gefährten von kommenden und gehenden Aufständen müssen sich damit auseinandersetzen, wie die Reaktion auf die Plünderungen war und was diese für den Verlauf der Ereignisse bedeutete.

Der spontane Aufstand scheint alle überrascht zu haben: die Regierung, die organisierte Opposition, Russland und den Westen. Er überraschte auch den Grossteil der Bevölkerung, die sich ihm nicht aktiv anschloss. Sein Ergebnis ist jedoch nicht einfach eine Machtverschiebung innerhalb der Staatsführung. Die Angst vor weiteren Erhebungen schlägt sich sowohl in den Zugeständnissen als auch in den konspirativen Theorien über „geheime Pläne“ nieder, die jetzt von staatlichen Medien verbreitet werden.

Alexander Amethystow

*zuerst erschienen bei
www.lowerclassmag.com*

Spendenaufwurf Labournet.tv

Das Projekt Labournet TV sucht Spender:innen. Das Projekt versucht, Widerstand sichtbar zu machen und für die Nachwelt zu erhalten.

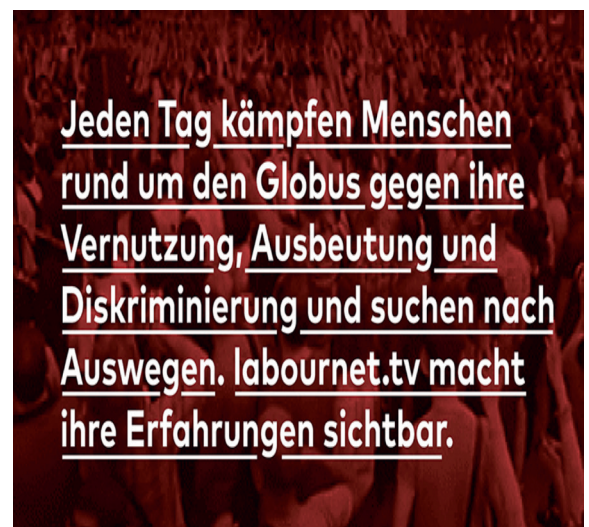
Warum spenden?

labournet.tv ist eine Internetplattform für Filme über Kämpfe aus der Arbeiter:innenbewegung. Wir sammeln sie und machen sie kostenlos zugänglich, online und für Veranstaltungen. Bisher umfasst das Archiv 850 Filme aus 60 Ländern. Jedes Jahr kommen 50 neue dazu. So werden wir Schritt für Schritt zu einem historischen Bildgedächtnis der Klassenkämpfe in den verschiedenen Ländern. labournet.tv ist ein politisches Projekt und es soll weiter existieren. Nachdem die finanzielle Unterstützung der ersten Jahre ausgelaufen ist, müssen wir die Arbeit über Fördermitglieder finanzieren. Dafür brauchen wir 5.000 Euro

im Monat: für Redaktion und Verwaltung, Filmproduktion, Büro- und Servermiete, Untertitelung, Webseitenwartung, Kommunikation und Grafik, Druckkosten und Technik. Egal ob mit fünf, zehn oder 50 Franken im Monat: Hilf uns dabei, den täglichen Widerstand der Leute und ihre Kraft, die Welt zu verändern, sichtbar zu machen.

Mach mit

Um labournet.tv weiterzuentwickeln und auszubauen, brauchen wir deine Hilfe. Gib uns Tipps, wenn du auf interessante Filme stösst, informiere uns über laufende Arbeitskämpfe! Du kannst die Filme auf Veranstaltungen zeigen



oder deinen Freund_innen und Bekannten den Link schicken. Wir freuen uns, wenn sie zirkulieren und darüber diskutiert wird, denn dafür sind sie da!

Weitere Infos finden sich auf der Website:
www.labournet.tv

Linke Organisationen kapieren Social Media nicht

Social-Media, Newsletters und Podcasts werden schon seit längerer Zeit von den verschiedensten Organisationen als klassenkämpferisches Hilfsmittel eingesetzt. Trotzdem kommt die Umsetzung der vielfältigen Social Media-Konzepte meist eher schwammig daher.

Anarch@s sind kreativ. Meist etwas kreativer als gut für sie wäre. So starten jeden Tag gefühlt drei neue schlecht umgesetzte Revoluzzer-Podcasts und etwa doppelt so viele noch schlechter durchdachte anarchistische Instagram-Infopages, um einige Monate später kläglich zu scheitern – Denn was fehlt ist Innovation.

„Willkommen zu der Vorstellungsepisode meines Podcasts“

Sind wir mal ehrlich: Niemand hört die Vorstellungsfolge eines grausam vertonten Podcasts über Kropotkin, genauso wie niemand die riesigen Textwände einer anarchistischen Analyse zum aktuellen Thema XY über sich ergehen lässt. Neben dem öden revolutionären Buchstabenalat ist der Post der heißen neuen Bekanntschaft einfach zig-mal interessanter.

„Aber Lauro!“ wird sich die aufgebrachte Leser*in jetzt denken, „Wieso hat die Instagrampage @antifa0815 dann mehr als tausend Follower*innen?!“ Doch für diese Frage gibt es eine einfache Antwort: politische Identität.

Ich will nur schwarz-rot auf meinem Feed

Social-Media Algorithmen liefern Content basierend auf den hinterlassenen Impressions der User, um so deren Aufmerksamkeitsdauer zu maximieren. Auf Deutsch gesagt: Instagram weiss, was Dich spitz macht und füttert Dich damit, bis Du zu einem seelenlosen Bildschirm-Zombie wirst. Doch meistens stört uns das gar nicht – im Gegenteil: Viele sind regelrecht stolz darauf, ausschliesslich revolutionären Seiten zu folgen und nur deren Content zu konsumieren. Aus der Sicht der Betreiber:innen dieser

Seiten ist das natürlich toll – Auch die Instagram-page der Freien Arbeiter*innen Jugend FAJ konnte sich durch diesen Effekt in kurzer Zeit 500 Followers erhaschen. Doch leider sagt diese Zahl nicht wirklich viel aus.

70'000 Follower, aber alle sind hirntot

Bleiben wir kurz bei der Page der FAJ: Von den 680 Follower sind gerade mal durchschnittlich 64 genug motiviert, einen Like abzugeben. Weniger als durchschnittlich zwei Follower haben die schriftstellerische Kapazität, einen Kommentar zu verfassen. Wenn wir den Durchschnitt der Follower betrachten, die einen Post teilen, dann befinden



den wir uns bereits bei den Dezimalstellen. Das darf nicht verwundern: Wer auf Social Media unterwegs ist, scrollt sich meist durch einen niemals endenden Feed thematisch und bildsprachlich ähnlicher Posts. Wirklich bei der Sache sind die Wenigsten. Schlussendlich muss uns eines klar sein: Auch zehntausende Follower nützen dem Klassenkampf nichts, solange sie aus gelangweilten, antriebslosen Identitätslinken bestehen.

Die Reanimation des Publikums

Als die grossen Schweizer Medienhäuser vor ein paar Jahren kapiert haben, dass sie kläglich am Arsch sind, wenn sie nicht bald auf den Online-Zug aufspringen, hat sich vieles getan. Radios posten Memes (sogar solche, die Du Deiner Mutter schicken könntest), Zeitungsredakteur:innen kreieren durchgeputzte Podcasts zu brisanten Themen. Im weiteren Sinne werden die

Medien interaktiver: Immer öfter darf das Publikum mitentscheiden, um was es im nächsten Artikel gehen soll.

Plötzlich ist die:er Konsument:in nicht mehr bloss ein zombiefizierter Scroller, nein, sie:er wird Teil der Berichterstattung. Leserreporter:innen leisten aus freiem Willen (!) unbezahlte Arbeit für die Medienmogule und Hörer:innen schicken ihre Meinungen von der Couch aus per WhatsApp-Sprachnachricht direkt ins Radiostudio. Die hirntote Masse erhebt sich und *wird* zum Medium.

Diese Form von Interaktion schafft eine ganz neue Form der Identifikation: Das Medium ist nicht mehr nur ein Accessoire,

das basierend auf ohnehin schon vorgebildeten Meinungen konsumiert wird - Vielmehr ist es eine Art virtueller Gemeinschaftsgarten, bei der sich der Konsument selbst *als Mensch* einbringen kann. Ein Austausch zwischen Publikum und Betreibenden entsteht, der auf die lange Sicht deren Unterschied immer mehr verschwimmen lässt. Medienhäuser nennen das Kund:innenbindung – Für uns als FAU würde es allerdings viel mehr bedeuten: Mitgliederwerb, Aktivierung und strukturelle Dynamik.

Umdenken kostet Zeit

Aber wie geht das? Die FAU müsste in diverser Hinsicht schamloses Online-Marketing betreiben. Newsletter, Umfragen, persönliche Geschichten – All dies müsste von einer aktiven und gut vernetzten Redaktion gebündelt und manövriert werden. Kanäle müssten abgestimmt und simultan bespielt werden, während jeder Impuls des Publikums erfasst wird. Kurzum: Es braucht mehr Leute, die Bock haben, bei der Verwaltung unserer Social Media konstant mitzuarbeiten. Und es braucht einen Riesenschübel Kreativität – Aber bei diesem Punkt sind wir Anarch@s bekanntlich gut.

Lauro C.

Lauro ist Gewerkschafter bei der FAJ/FAU und arbeitet als Medienbeobachter

Die Freie Arbeiter:innen Union Schweiz ist eine Gewerkschaftsinitiative. Sie versteht sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Die FAU ist anarchosyndikalistisch, denn sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter:innen denjenigen der Kapitalist:innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch Kämpfe der Basis erreicht wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär:innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu unserer Vorstellung einer freien Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig gegenseitige Hilfe und branchenübergreifende Aktionen uns die Durchschlagskraft geben, um tiefgreifende Veränderungen zu bewerkstelligen.

ANTIKAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, die alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollten wir für unsere Bedürfnisse produzieren, und nicht für den Profit von einigen wenigen. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus für eine gerechte, horizontale und freie Gesellschaft eintreten muss.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet.

Twitter: @FauSchweiz

Instagram: fau_schweiz

Facebook: FAUsuisse



Gleichstellung

Noch immer haben Frauen bzw. FINTAQ¹ in der Arbeitswelt schlechtere Chancen als Männer: Sie bekommen im Durchschnitt 21% weniger Lohn, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, bekommen weniger interessante Aufgaben und Weiterbildungen zugeteilt, sie werden viel öfter Opfer von sexueller Belästigung und wenn es zu Kündigungen kommt, werden oft erst die Frauen entlassen. Gegen all diese Diskriminierungen gibt es seit 1996 das Gleichstellungsgesetz. Natürlich gilt dieses Gesetz auch für auf Grund ihres Geschlechts benachteiligte Männer. Niemand darf aufgrund des Geschlechts, des Zivilstands, der familiären Situation oder einer Schwangerschaft in der Arbeitswelt benachteiligt werden.

Dies gilt insbesondere für:

- Anstellung und Kündigung
- Arbeitsbedingungen
- Aufgabenzuteilung
- Lohn
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Beförderung

Zusätzlich definiert das Gleichstellungsgesetz die Pflichten der Arbeitgeber:innen im Falle einer sexuellen Belästigung. Das Gesetz verbietet direkte und indirekte Benachteiligung.

Direkte Diskriminierung

Wenn du für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person eines anderen Geschlechts.

Indirekte Diskriminierung

Wenn du für eine andere, aber gleichwertige Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person eines anderen Geschlechts. Stereotype weibliche Qualitäten (z.B. flinke Finger, Geduld) führen zu weniger Lohn als stereotypische „Männerqualitäten“ (z.B. Kraft, Durchsetzungsvermögen).

Klage durch die Gewerkschaft

Auch eine Gewerkschaft, ein Berufsverband oder eine Frauen-/FINTAQ-Organisation kann Klage führen! Die Betroffenen müssen sich dann nicht exponieren. Die Verbandsklage ist möglich, wenn mehrere Arbeitsverhältnisse von einer Diskriminierung betroffen sind. Nimm in solchen Fällen mit der FAU Kontakt auf!

Achtung: So begründet auch Forderungen nach gleichen Löhnen für alle Geschlechter sind, stelle in einem Arbeitskampf nicht diese Forderung (Also nicht: „Gleicher Lohn für Frauen bzw. FINTAQs und Männer“). Fordere, dass die Löhne auf das Niveau der anderen Geschlechter angehoben werden sollen (Also z.B.: „Erhöhung der Frauenlöhne auf das Niveau der Männerlöhne“) – sonst könnte dies eine Lohnkürzung für das andere Geschlecht bedeuten!

In jedem Kanton gibt es eine Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen im Erwerbsleben, welche auch für Beratungen angefragt werden kann.

¹ Kurzform für Frauen, Inter, Non-Binär, Trans, Agender, Queer. In der Arbeitswelt bzw. rechtlich wird jedoch trotzdem noch Frau und Mann gebraucht.

Impressum

FAU Schweiz
C/O di Schwarzzi Chatz
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 350
Konto: 30-276725-1

Erscheint 6 Mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Schweiz - Syndikat aller Berufe
info@faunion.ch